

reich des Grundgesetzes festzuschreiben. Aus gegenwärtiger Sicht erscheint uns noch vieles ungeklärt, um dafür bereits den 1. Dezember definitiv bestimmen zu können. Wir sind für den frühestmöglichen Termin, halten es aber nicht für erforderlich, diesen Zeitpunkt vor der Klärung wesentlicher inhaltlicher Fragen zu verkünden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei DBD/DFD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke dem Abgeordneten Goepel. - Ich sehe keine weiteren Anfragen und beende somit die Aussprache.

Meine Damen und Herren! Das Präsidium schlägt vor, den Antrag der Fraktion der Liberalen, verzeichnet in der Drucksache Nr. 148, zur federführenden Beratung an den Ausschuß Deutsche Einheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform sowie den Rechtsausschuß zu überweisen. - Ich muß mich unterbrechen, leider, es gibt Geschäftsordnungsanträge. Bitte schön.

Dr. Gysi (PDS):

Herr Präsident! Ich bin der Meinung, daß vor der Abstimmung über diese Frage über meinen Antrag abzustimmen wäre, diesen Antrag der Fraktion der Liberalen als unzulässig zu betrachten, so daß eine Überweisung gar nicht zulässig ist, weil sich ein Antrag gleichen Inhalts bereits bei den Ausschüssen befindet. Wir können hier die 2. Lesung nicht dadurch verhindern, daß einfach ein anderer Antrag mit gleichem Inhalt, nur mit einem anderen Datum gestellt wird. Wann ein Rechtsakt in Kraft tritt, rechtfertigt keinen neuen Entwurf eines Rechtsaktes. Der Antrag ist unzulässig.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Herr Abgeordneter Gysi, ich habe es registriert. Ich werde erst den zweiten Geschäftsordnungsantrag hören und dann entscheiden, wie zu verfahren ist.

Thietz (Die Liberalen):

Mein Antrag betrifft, daß durch die Volkskammer ein Vorlagetermin zur 2. Lesung vorgelegt wird, je nach dem, wie jetzt entschieden wird, welcher Antrag im Ausschuß zu behandeln ist.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Das habe ich nicht ganz verstanden. Für welchen Antrag wollen Sie einen Termin?

(Heiterkeit)

(Dr. Gysi, PDS: Kann ich Ihnen interpretieren, was mein Kollege wünscht?)

Das kann ich schon selbst. Ich habe einen Vorschlag. Wenn Sie mir das schriftlich formulieren, kann ich das vielleicht besser verstehen.

(Große Heiterkeit)

Wobei ich vermeiden möchte, daß wieder Unruhen und Irritationen entstehen. Deshalb würde ich Vorschlägen, daß zu diesem Antrag das Präsidium - weil die Geschäftsordnung nicht eindeutig in dieser Frage aussagekräftig ist -, daß sich also das Präsidium zu dieser Frage zurückzieht, und ich vertage die Sitzung auf 17.30 Uhr. - Danke schön.

(Zuruf: Das kann doch nicht wahr sein!)

(Unterbrechung der Sitzung)

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich eine organisatorische Information geben: Der Wirtschaftsausschuß tritt am Sonnabend, dem 21. Juli 1990, 9.00 Uhr zu seiner 17. Sitzung im 3. Geschoß, Konferenzraum 1, Platzseite, zusammen; unterzeichnet: der Vorsitzende.

Dann möchte ich einen Geschäftsordnungsantrag hören.

Thietz (Die Liberalen):

Ich habe auf Grund der Hinweise des Präsidenten und auch unter Berücksichtigung der Rede unseres Ministerpräsidenten nunmehr den Antrag wie folgt formuliert - er liegt inzwischen auch beim Präsidium schriftlich vor -:

„Die Volkskammer möge beschließen: Die Volkskammer der DDR beschließt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 spätestens am Tage vor dem Wahltag zum gesamtdeutschen Parlament unter folgenden zwei Voraussetzungen: 1. daß die Bedingungen des Beitritts einvernehmlich zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR in einem zweiten Staatsvertrag (Einigungsvertrag) geregelt und 2., daß die vollen Hoheitsrechte der Regierung der DDR bis zum Zusammentreten einer gesamtdeutschen Regierung staatsvertraglich fixiert sind.“

(Beifall bei Liberalen und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Herr Abgeordneter, Sie haben darauf hingewiesen, daß der Antrag dem Präsidium vorliegt. Er liegt ihm aber nicht vor.

(Thietz, Die Liberalen, übergibt dem Stellvertreter der Präsidentin den Antragstext.)

Jetzt habe ich einen Änderungsantrag vorliegen. Ich möchte aber nunmehr einen Geschäftsordnungsantrag hören.

Dr. Gysi (PDS):

Das ist meines Erachtens kein Änderungsantrag, sondern ein neuer Antrag.

(Beifall bei der PDS und bei Abgeordneten der CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Darüber werde ich abstimmen lassen.

(Frau Birthler, Bündnis 90/Güne: Das sollten Sie besser entscheiden!)

Dr. Gysi (PDS):

Herr Präsident, das ist ganz eindeutig. Im ersten Antrag ging es um einen Beitritt zu einem bestimmten Tag. Hier werden Voraussetzungen für einen Beitritt geregelt. Das ist noch interessanter, weil es nämlich bedeutet, daß, wenn auch nur eine der Voraussetzungen nicht erfüllt ist, der Beitritt nie stattfinden darf.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Herr Abgeordneter Gysi, wir haben es registriert.

Dr. Gysi (PDS):

Mein Geschäftsordnungsantrag ist folgender. Man müßte die Fraktion zunächst verpflichten, ihren vorhergehenden Antrag zurückzunehmen. Dann wäre das andere ein neuer Antrag, der über das Präsidium im normalen Verfahren einzubringen ist. Er wäre dann heute hier nicht mehr zu behandeln.

(Beifall bei der PDS und bei Abgeordneten der CDU/DA)

(Prof. Dr. Ortleb, Die Liberalen: Darf ich zu diesem Antrag sprechen?)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Sie haben zu einem Geschäftsordnungsantrag um das Wort gebeten.

Prof. Dr. Ortleb (Die Liberalen):

Ich weise zurück, daß das ein neuer Antrag ist, und zwar aus